



Stadt Kamen

Niederschrift

IR

über die
1. Sitzung des Integrationsrates
am Dienstag, dem 01.10.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

Kamener Migrantenliste (KML)

Herr Mehmet Akca
Herr Murat Akyol
Herr Ahmet Dinc
Herr Hüseyin Emeksiz
Herr Aziz Özkir
Herr Mustafa Yücel

SPD

Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru

CDU

Herr Helmut Krause

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Andreas Eichler
Herr Jörg Grudnio
Frau Elke Kappen
Herr Willi Präkelt
Frau Hanna Schulze

Entschuldigt fehlten

Herr Cihan Can
Frau Meral Filikci
Herr Ramazan Güngören
Frau Nazli Isik
Herr Timon Lütschen

Herr **Özkir** stellte fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen sei.

Frau **Schulze** schlug vor, dass die Tagesordnungspunkte 2 und 4 in der Reihenfolge getauscht werden sollten. Der Vorschlag wurde angenommen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Herkunftssprachlicher Unterricht an Kamener Grundschulen sowie weiterführenden Schulen hier: Bericht der Verwaltung	
3	Neue Mitglieder, Nachrücker, durch Wohnungswechsel ausgeschiedene Mitglieder des Integrationsrates hier: Bericht der Verwaltung	
4	Situation der Flüchtlinge in Kamen hier: Bericht der Verwaltung	
5	Terminplanung für 2020	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Herkunftssprachlicher Unterricht an Kamener Grundschulen sowie weiterführenden Schulen

hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Kappen** wies darauf hin, dass auf diesem Sektor trotz des durch die Verabschiedung von Haushaltssicherungskonzepten in vielen Kommunen bestehenden Sparzwanges einiges passiert sei.

Die eigentliche Umsetzung obliege nicht der Stadt Kamen, sondern dem Kreis Unna. Geplant war daher auch ein Vortrag durch einen Mitarbeiter der Kreisverwaltung Unna, der jedoch infolge der Erkrankung der betreffenden Person nicht realisiert werden konnte.

Im Kamener Raum sei mit dem Ziel der Verbesserung der Situation eine Unterschriftenaktion durchgeführt worden. Heute wolle man beleuchten, was sich getan habe. Zur Einleitung wolle man den Film „Jede Sprache ist ein Schatz“ vorführen. Darin werde klar, dass durch die Abhaltung von herkunftssprachlichem Unterricht die Sprachkompetenz gesteigert werde.

Herr **Özki** äußerte im Anschluss an die Filmvorführung, dass nach seiner Meinung die Beherrschung der Herkunftssprache zwingende Voraussetzung zum Erlernen der deutschen Sprache sei.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass Herr Eichler nun Zahlenmaterial zu Art und Umfang des abgehaltenen herkunftssprachlichen Unterrichts vorstellen werde. Dieses Zahlenmaterial werde der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

Frau **Klanke** erkundigte sich nach Vorstellung des Zahlenmaterials, inwieweit die Möglichkeit der Übernahme von Fahrtkosten, die anlässlich des Unterrichtsbesuchs angefallen seien, bestehe.

Herr **Eichler** wies darauf hin, dass es sich um ein freiwilliges Bildungsangebot handle und von daher seiner Meinung nach eine Übernahme dieser Kosten nicht möglich sei.

Frau **Schulze** sagte zu, dass die Beantwortung dieser Frage in der Sitzungsniederschrift erfolgen werde.

Protokollnotiz:

Die Möglichkeit der Übernahme von Fahrtkosten besteht nicht.

Frau **Kappen** merkte an, dass man gegebenenfalls in Einzelfällen eine Finanzierung aus Spendentöpfen vornehmen könne.

Herr **Kuru** merkte an, dass er im Bereich der Erwachsenenbildung die Erfahrung gewonnen habe, das Beherrschen der deutschen Grammatik falle leichter, wenn profunde Kenntnisse der Herkunftssprache vorhanden seien.

Diesen Standpunkt vertrete seine Partei seit vielen Jahren.

Herr **Yücel** führte als beispielhaft aus, dass in Gelsenkirchen Türkisch als Abiturfach angeboten werde.

Herr **Kuru** wies darauf hin, dass das Zustandekommen von Leistungskursen von vielen Faktoren abhängen.

Frau **Kappen** ergänzte, man müsse sich klar machen, dass der herkunftssprachliche Unterricht derzeit ein Schulform übergreifendes Angebot sei. Sie befürworte die Werbung für ein breiter gefächertes Angebot.

Herr **Yücel** kritisierte, dass in Kamen der herkunftssprachliche Unterricht für die Klassen 5 – 10 gemeinschaftlich abgehalten werde. Sein Wunsch sei ein Angebot für jeweils 2 Jahrgänge.

Frau **Kappen** äußerte, dass ein differenzierteres Angebot das Ziel sei.

Zu TOP 3.

Neue Mitglieder, Nachrücker, durch Wohnungswechsel ausgeschiedene Mitglieder des Integrationsrates
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Eichler** berichtete anhand einer tabellarischen Übersicht. Er wies darauf hin, dass aufgrund einer Bestimmung in der Gemeindeordnung der Wechsel des Hauptwohnsitzes zwingend mit dem Verlust des Sitzes im Integrationsrat einhergehe. Ein Teil der Fluktuation sei hiermit zu begründen.

Herr **Stalz** bat darum, diese Übersicht der Niederschrift beizufügen.

Zu TOP 4.

Situation der Flüchtlinge in Kamen
hier: Bericht der Verwaltung

Einleitend wies Frau **Schulze** darauf hin, dass das recht umfängliche Zahlenmaterial der Niederschrift in Kopie beigefügt werde. Bei seinem Vortrag werde sich Herr Eichler auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Herr **Eichler** trug vor, dass zum Zeitpunkt der Sitzung rd. 250 Personen als asylbegehrende Ausländer betreut würden. Eine große Fluktuation sei derzeit nicht zu verzeichnen, da keine Zuweisungen erfolgen und auch wenige Personen einen Rechtskreiswechsel vollziehen würden.

Im Stadtgebiet sei als größte ausländische Bevölkerungsgruppe die mit türkischer Nationalität zu verzeichnen. 1450 Personen lebten in Kamen, zwanzig davon als Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Herr **Kuru** erkundigte sich, in welcher Rubrik die sogenannten Doppelstaatler geführt würden.

Frau **Schulze** erwiderte, dass diese Personen als Deutsche geführt würden.

Sie stellte noch einmal die Bedeutsamkeit der Unterschiede im Rechtsstatus der Flüchtlinge heraus.

Während des Asylverfahrens besäßen sie eine Aufenthaltsgestattung; im Falle des negativen Abschlusses eines Asylverfahren hätten sie den Status einer geduldeten Person, was zur Konsequenz habe, dass die Stadt Kamen sämtliche Aufwendungen für die Betreuung allein zu schultern habe.

Herr **Eichler** führte weiter aus, dass in den Jahren 2015 sowie 2016 viele Familien um Asyl nachsuchten. Die Bezirksregierung Arnsberg kam hier dem Wunsch der Stadt Kamen nach, bevorzugt Familien zuzuweisen. Das Verhältnis männlicher zu weiblicher Bevölkerung beliefe sich derzeit auf 60:40. In Bezug auf die Altersstruktur stellte Herr Eichler fest, dass die Hälfte der Asylbewerber sehr jung sei. Die Unterbringung der Asylbewerber erfolge gemischt in den bekannten Gemeinschaftsunterkünften und in von der Stadt Kamen angemieteten Wohnungen. Die Wohnungsbeschaffung sei aufgrund der großen Unterstützung der Bevölkerung unproblematisch abgelaufen.

Frau **Schulze** erwähnte, dass durch die Wohnungsanmietung auch die Bildung von Ghettos vermieden wurde.

Herr **Grosch** äußerte, dass auf einem der Schaubilder abzulesen sei, dass 27 anerkannte Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften wohnen würden und erkundigte sich, ob diese Personen sich nicht eigenen Wohnraum suchen müssten.

Herr **Eichler** antwortete, dass das stimme. Die Wohnungssuche sei nicht immer erfolgreich; Hilfestellung würde jedoch geleistet.

Herr **Kuru** ergänzte, dass dort zum Beispiel noch der Familienvater wohnen würde und auf den Nachzug seiner Familie warte; daher bleibe er zunächst im Mausegatt.

Herr **Stalz** kam zurück auf die Tatsache, dass für die materielle Versorgung der abgelehnten Asylbewerber ausschließlich die Stadt Kamen zuständig sei. Er wies darauf hin, dass zum Beispiel in Bayern das Land auch für geduldete Asylbewerber Kosten übernehme, Nordrhein-Westfalen hingegen nicht.

Herr **Kuru** sah das Konnektivitätsprinzip verletzt und bat die Mitglieder des Integrationsrates, mit Forderungen auf Abänderung dieses Zustandes an das Land heranzutreten.

Herr **Grosch** führte mit Blick auf den hohen Anteil junger Leute an, dass auf der letzten Stadtkonferenz die Feststellung getroffen wurde, ein Anstieg der Straftaten sei nicht zu verzeichnen. Für den Bereich der anerkannten Asylbewerber gebe es eine positive Entwicklung in Sachen Erwerbstätigkeit.

Herr **Eichler** ergänzte, dass kreisweit 30 % der anerkannten Asylbewerber im Leistungsbezug beim Jobcenter stünden.

Frau **Klanke** regte an, dass man vor diesem Hintergrund für eine der nächsten Sitzungen den Teamleiter Markt + Integration des Jobcenters gewinnen möge.

Herr **Kuru** wies darauf hin, dass die Firma AVATO sehr viele Personen aus den Integrationskursen in Arbeit gebracht habe. Positiv hob er hervor, dass in Kamen Integrationskurse auch von der VHS Kamen-Bönen abgehalten würden.

Zu TOP 5.

Terminplanung für 2020

Frau **Schulze** wies auf die am 13.09.2020 anstehende Kommunalwahl hin. Die erste Sitzung des Integrationsrates habe man in Absprache mit dem Vorsitzenden auf den 10.03.2020 terminiert. Da auch der Integrationsrat nach der Kommunalwahl neu zusammengestellt werde, müsse man die Ergebnisse abwarten.

Das Fest des Fastenbrechens werde in der Zeit vom 24.-26.05.2020 gefeiert.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** teilte mit, dass es am 03.10.2019 in Kamen den Tag der offenen Moschee gebe.

Herr **Dinz** wies darauf hin, dass die Islamische Union die Moschee zwischen 14 und 17 Uhr öffnen werde. Dies habe man über kamen-web.de und den Hellweger Anzeiger kommuniziert.

Herr **Akca** ergänzte, dass DITIB ebenfalls teilnehme.

Frau **Schulze** teilte mit, dass am 07. Oktober in der Stadtbücherei die Ausstellung „Das erste Mal, dass ich das Meer sah“ eröffnet werde.

Herr **Kuru** erläuterte, dass hiermit der Beschluss des Integrationsrates aus seiner letzten Sitzung am 08.10.2018 umgesetzt worden sei.

Herr **Eichler** teilte mit, dass die Kreisverwaltung Unna auf ihrer Internetseite das Integrationsportal online gestellt habe.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Özkir
Vorsitzender

gez. Grudnio
Schriftführer